LZ-Rheinland

Artikel vom 26.08.2026 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 17:26 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/hoehere-praemie-kommt-nicht-gut-an

Höhere Prämie kommt nicht gut an



Foto: landpixel

Ökoverbände und AbL kritisieren Rainers Vorstoß

Ökolandbauverbände und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) kritisieren den Vorstoß von Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer, wegen der Dürre die Flächenprämien im kommenden Jahr einmalig zu erhöhen. Statt kurzfristiger Finanzhilfen brauche es vor allem mehr Unterstützung für die langfristige Klimaanpassung der Landwirtschaft, teilten die Organisationen vergangene Woche mit.

Der geschäftsführende Vorstand des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Peter Röhrig, bezweifelt, dass die höheren Direktzahlungen den betroffenen Betrieben spürbar helfen werden. Die zusätzlichen Mittel würden wie ein „Tropfen auf den heißen Stein“ versickern. Auf den einzelnen Hof bezogen fielen die Zahlungen so gering aus, dass damit ohnehin keiner der „von Dürre und Missernten gebeutelten“ Betriebe gerettet werde. Nach Röhrigs Einschätzung braucht die deutsche Landwirtschaft stattdessen vor

allem Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung. Ein zentraler Baustein dafür sei der Ökolandbau. Der Präsident von Bioland, Jan Plagge, hält es gar für kontraproduktiv, die Gelder als „kurzfristigen Einkommenspuffer“ statt für Investitionen zu verwenden. „Eine reine Geldverteilung ohne ökologische Lenkungswirkung schwächt die strategische Autonomie Europas, erhöht die Erpressbarkeit durch globale Krisen und gefährdet langfristig die Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität unserer Lebensmittelversorgung“, sagte Plagge.

Die AbL begrüßte zwar, dass die betroffenen Höfe „nicht alleingelassen“ würden. Die pauschale Aufstockung der Basisprämie für alle Flächen löse jedoch keine strukturellen Probleme, sondern verschärfe sie. „Die Erfahrungen aus 2018 und den folgenden Dürrejahren zeigen klar: Die damals ausgeschütteten Hilfen galten ausschließlich der kurzfristigen Liquiditätssicherung und haben keine längerfristige Stabilität gebracht“, gibt der stellvertretende AbL-Geschäftsführer Bernd Schmitz zu bedenken. Nach Ansicht von Schmitz müssen die GAP-Gelder weiter qualifiziert werden, so wie es Gesellschaft und Landwirtschaft schon in der Abschlusserklärung der Zukunftskommission Landwirtschaft anerkannt hatten. *AgE*